

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912

88 (29.3.1912) Drittes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

Anzeigen:
die einpaltige Beilage oder deren Raum 20 Pfennig. Reflektierte 45 Pfennig. Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme: größere spätestens bis 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanhänge:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 2094.

Bezugspreis:
in Karlsruhe und Orten: frei ins Haus geliefert vierteljährlich 1.60, an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 50 Pfennig. Auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 2.20. Am Postamt abgeholt vierteljährlich 1.80. Einzelnummer 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Drittes Blatt

Gegründet 1803

Freitag, den 29. März 1912

109. Jahrgang

Nummer 88

Badische Politik.

Gemeinbewahlen.

Neulupheim, 27. März. Bei den Bürgerwahlen erhielt die Fortschrittliche Volkspartei, die erst vor wenigen Wochen dort einen Verein begründet hat, 56 Stimmen und damit 4 Sitze. Die Bürgervereinspartei erhielt 57 Stimmen und ebenfalls 4 Sitze, während die Sozialdemokraten mit 39 Stimmen 2 Sitze eroberten.

Aus Baden.

Hofbericht.

Karlsruhe, 28. März. Gestern abend nahm S. K. H. der Großherzog den Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai entgegen.

Heute vormittag hörte S. K. H. die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb. Um 10 Uhr wohnten Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit S. K. H. der Großherzogin Luise der Konfirmation der Kadetten im Kadettenhaus an. Um 12 Uhr empfing S. K. H. der Großherzog Seine Durchl. den Erbprinzen zu Fürstberg, welcher zum Leutnant im Regiment des Gardebataillons ernannt ist, zur Werbung.

Nachmittags und abends folgten die Vorträge der Geheimräte D. Helbing und Dr. Freiherr von Saba.

Amtliche Mitteilungen.

Aus dem Staatsanzeiger.

Der Großherzog hat dem Fürstlich-Badischen Hofrat Karl Meyer, genannt Wolfgang Reander, in Hannover das Ritterkreuz 2. Klasse des Ordens vom Heiligen Löwen verliehen, sowie dem Fürstlich-Fürstbergischen Oberförster Reichle in Bachzimmern die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Königl. Preussischen Kronenordens vierter Klasse, dem Professor an der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe, Maler Friedrich Feiler, die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen Königlich-Bayerischen Prinz-Regent-Luitpold-Medaille in Silber, dem Königlich-Bürttembergischen Konjunktural-Müller in Karlsruhe die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Bürttembergischen Krone, den Hofrat August Wiedemann, Hermann Erb, Alois Hartmann, Johann Schäfer und Gustav Kühner in Karlsruhe die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen silbernen Medaille des Herzoglich Nassauischen Militär- und Verdienst-Ordens Adolphs von Nassau, dem Hofrat Franz Kopp in Karlsruhe die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen silbernen Medaille des Herzoglich Nassauischen Militär- und Verdienst-Ordens Adolphs von Nassau, dem Technischen Direktor der deutschen Weinbaugesellschaft Aloisia in Patras Hermann Kipfel die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des Königlich-Griechischen Erlösordens und dem Portier der Fürstlich Michael Sturdza-Kapelle, Schumann a. D. Wilhelm Schaub in Baden-Baden, die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen Königlich-Rumänischen Verdienst-Medaille 2. Klasse erteilt.

Der Großherzog hat dem Oberleutnant-Feldwebel Karl Gaus in Lauda zum Oberleutnant-Feldwebel ernannt.

Vom Ministerium des Groß-Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist Rechtsanwalt Dr. August Frenke in Bruchsal, der seine Zulassung beim Amtsgericht Bruchsal, beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Bruchsal aufgegeben hat, als Rechtsanwalt beim Landgericht Freiburg mit dem Wohnsitz in Freiburg zugelassen worden.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Groß-Hauses, der Justiz und des Auswärtigen wurde dem Ober-Postinspektoren Ludwig Badenbach in Freiburg (Bz.) der Titel Postsekretär verliehen.

Karlsruhe, 28. März. Der Vorstand des badischen Philologenvereins hat beschlossen, die Professoren Armbruster, Lang, Müller und Kunze als Vertreter des Vereins zu der nach Ostern in Dresden stattfindenden Tagung des Vereinsverbandes akademisch gebildeter Lehrer zu entsenden. Die badischen Vertreter werden für eine Statutenänderung eintreten, durch welche die außerordentlich hohen Kosten der Verbandstage in Zukunft verringert werden sollen.

Karlsruhe, 28. März. Das Präsidium des bad. Militärvereins-Verbandes gibt seinen Mitgliedern folgenden Rat: Das Präsidium hat Anlaß, die Vereine erneut daran zu erinnern, wie sehr sich empfiehlt, einer Haftpflichtversicherung beizutreten. Ein Verein liegt gelegentlich einer Festlichkeit ein Feuerwerk abgeben. Ein Zuschauer wurde am Auge so schwer verletzt, daß er dieses Auge einbüßte. Auf eine Schadenersatzklage wurde der Verein verurteilt, welches Urteil vom Reichsgericht bestätigt wurde, an den Schadenersatzkläger, außer für Arzt, Kur usw. noch ein Schmerzensgeld von 10 000 M zu bezahlen. In einer weiteren Bekanntmachung wird die Schlussrechnung für den Großherzog Friedrich II. Veteranenbankfond — Kornblumenfond — veröffentlicht. Sie ergibt folgendes Bild: Stand am 1. Juli 1911 laut Abrechnung der Rhein-Kreditbank 237 687 M 33 J; Eingang von Beiträgen nach dem 1. Juli 1906 M 80 J; hierzu Zinsen abzüglich der Bankspesen und Kursdifferenzen 3605 M 75 J; Gesamteingang 245 359 M 88 J. Hieron erhielten Unterstützungen: 7869 Veteranen

193 816 M, 3297 Hinterbliebene solcher 49 455 M, zusammen 11 168 Personen 243 281 M. In Unkosten sind enthalten: Gehalt für 7 Monate und 18 Tage an einen Registraturbeamten 760 M, Druckkosten 895 M 30 J, Porti für den Schriftverkehr usw. 407 M 48 J, sonstige kleine Auslagen 26 M 22 J, zusammen 2088 M 88 J. Dieser Betrag der Unterstützungssumme binzugerechnet ergibt wiederum die Summe des Gesamteinganges 245 359 M 88 J.

Karlsruhe, 28. März. Unter den badischen Städten der Städteordnung werden nach den Vorschlägen im Jahre 1912 die niedrigsten Umlagen erhoben in Baden-Baden mit 30 J, dann in Freiburg, in Bruchsal und Lahr mit 32 J, in Heidelberg mit 33 J und in Karlsruhe mit 34 J. Es folgen Mannheim und Pforzheim mit 35 J, Offenburg mit 36 J und Konstanz mit der höchsten Umlage von 40 J.

Karlsruhe, 28. März. Auf Grund der — wegen Krankheit nachträglich — abgelegten zweiten juristischen Prüfung ist Rechtspraktikant Oskar Schumacher aus Trier zum Gerichtsassessor ernannt und in die Reihenfolge der aus der zweiten juristischen Prüfung im Frühjahr 1911 hervorgegangenen Gerichtsassessoren eingestellt worden.

Karlsruhe, 28. März. Das Gesetz und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden Nr. 14 enthält: Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: die Maul- und Klauenseuche betr.; die Bekämpfung der Geflügelcholera betreffend.

Karlsruhe, 28. März. Auf der durch erhebliche Steigerungen laufenden Strecke Karlsruhe-Pforzheim wurde ein Probezug mit 44 Wägen großen, modernen D-Zugmotors abgefahren, um die neuen großen Lokomotiven auf ihre Leistungsfähigkeit zu prüfen. Wie verlautet, ist die Probefahrt zur vollen Zufriedenheit ausgefallen.

Mannheim, 28. März. Hier traf die erste Sendung dänischer Fleisches ein, die von der Fleischschau und den Metzgerei als hochprima und ausgemästelt bezeichnet wurde. Die Sendung betrug 2500 Kilogramm.

Wohlsheim (A. Adelsheim), 28. März. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurden hier Mutter und Sohn einer heftigen Familie, deren Anwesen kürzlich abbrannte, verhaftet.

Lahr, 28. März. In einer aus allen Kreisen und Ständen besuchten Versammlung wurde die Gründung eines Ortsvereins des „Jugend-Deutschland-Bundes Baden“ beschlossen.

Dinglingen (A. Lahr), 28. März. Wie sich nunmehr herausstellt, hat der Schüler, der hier verunglückte, mit einer Schlagkapsel, wie sie bei Sprengungen mit Dynamit Verwendung findet, hantiert. Das gefährliche Material wurde wahrscheinlich von den bei dem Vorfall beteiligten Knaben selbst aus einer Bauhütte entnommen.

Reinigen, 28. März. Beim Hause des Kaufmanns Schwörer fiel ein fünf Jahre alter Knabe in die kleine Elz und wurde vom Wasser fortgeschwemmt. Kaufmann Schwörer gelang es, den Knaben dem nassen Element zu entreißen und wieder ins Leben zurückzurufen.

Aus Nachbarländern.

Widbad, 27. März. Auch in unserem herrlichen Elztal hat der Frühling seinen Einzug gehalten, und viele fleißige Hände rühren sich, alles wieder in Stand zu setzen, um unsere Gäfte, von denen die ersten der heurigen Saison bereits hier eingetroffen sind, würdig zu empfangen. Angenehm empfinden werden diese die namhafte Erweiterung unserer unvergleichlich schönen Kuranlagen, die durch Zuzugziehung und zweckentsprechende Anlage des Kumpfschen Gartens ermöglicht worden ist. Aber auch unsere Kurmittel haben durch Einrichtung eines Radium-Inhalatoriums eine Bereicherung erfahren und es steht zu hoffen, daß Widbad mit seinen heilkräftigen Thermalen auch heuer wieder seine alte Anziehungskraft ausüben wird.

Sitzung des Bürgerausschusses.

2. Tag der Vorschlagsdebatte.

Karlsruhe, 28. März. In der fortgesetzten Debatte über den Vorschlag erhält zunächst Stadt. Schmidt das Wort, der nach einleitenden Worten über die neuen Gemeinbewahlen sich der Finanzlage zuwendet. Die gestrige Debatte war wesentlich ausgefüllt durch die Erörterung der Anteilspolitik und einer Kritik an einem darauf bezüglichen Erlaß des Großh. Ministeriums des Innern. Unter diesem Gesichtspunkte ist die ganze Finanzgebarung der Stadt ins Auge gefaßt worden. Bei dieser Betrachtung sind erhebliche Liebertreibungen vorgekommen. Ich will mich nun nicht zum Verteidiger des Herrn v. Bodman aufspielen, aber es muß doch gesagt werden, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, beratige Ausfälle zurückzuweisen. Was soll es heißen, wenn Herr Freihaut sagt, die meisten Männer, welche den Erlaß gemacht haben, seien Lehrlinge auf wirtschaftlichem Gebiet und reif für die Entmündigung. Solche Angriffe gehen weit über das Ziel hinaus und sind nicht dazu geeignet, die guten Beziehungen zwischen Stadt und Regierung zu erhalten, und auch nicht im Interesse unseres ganzen Gemeinwesens. Die Anteilspolitik habe auch ihre Grenzen, denn auch die Stadt habe mit wirtschaftlichen Rückschlüssen zu rechnen. Es sei zu erwarten, daß die Regierung der Stadt in der Anteilspolitik entgegenkommt und auch bei Aufnahme der neuen Darlehen den alten Tilgungsplan zuläßt. Redner vertritt sich dann eingehend über den Bebauungsplan. Mit der Ausschreibung eines Preiswettbewerbs für die Gestaltung des

alten Bahnhof- und Festhalleplatzes kann ich mich nicht befremden. In meiner Fraktion sind allerdings Wünsche nach einem solchen Ausschreiben laut geworden, aber die Zeit drängt und die Pläne des Herrn Moser sind in vielen Punkten sehr sympathisch. Den Plänen des Herrn Stadt. Merkle habe ich weniger Geschmack abgewinnen können. Der Moser'sche Plan stellt sich als eine großzügige Lösung dar. Was die neuen elektrischen Linien anbelangt, so ist es dringend wünschenswert, wenn recht bald ein zusammenfassendes Bild über die künftige Gestaltung des elektrischen Straßenbahnnetzes dem Bürgerausschuß vorgelegt wird. Ein erfreuliches Bild gewinnt man von unserem Schulwesen, für das wir gerne die geforderten Mittel bewilligen. Bedauerlich ist der Beschluß im Amte des Stadtschulrates. Wenn wir uns auch nicht mit allem identifizieren, was der Stadtschulrat angeordnet hat, so muß doch eingestanden werden, daß er das Schulwesen in guter Weise verwalte hat. Möge ein Mann an seine Stelle treten, der ebenso freudig seinen Posten versteht wie sein Vorgänger. Der Bau einer Gemeinbescheide, die erfreuliche Entwicklung des Rheinhafens, der nur noch eines kleinen Zuschusses bedarf, sind begrüßenswert, ebenso die Entschliessung des Elektrizitätswerks. Hoffentlich erwacht ihm aus dem staatlichen Murgtalwerk keine Konkurrenz, denn man hört schon heute, daß das Murgwerk die elektrische Kraft mit 3,6 J pro Kilowattstunde abgeben will. Redner bringt sodann eine Reihe Wünsche vor, die sich beziehen auf ein geordnetes Disziplinarverfahren für die städtischen Beamten, auf Einführung der Arbeitslosenversicherung, mit der sich eine Kommission befassen sollte, und auf Bestätigung der öffentlichen Häuser aus der Kleinen Spitalstraße.

Stadt. Faaß beschäftigt sich eingehend mit dem Schulwesen, dem Submissionswesen und der Gemeinbescheide. Wir brauchen keine Salonhandwerker! Die Tätigkeit der Gewerbeschule geht zu sehr auf das Künstlerische und zu sehr auf das Schönerstrebende. Die Schüler sollten mehr zur praktischen Arbeit angehalten werden. Damit ist die Generaldebatte beendet.

Der Oberbürgermeister nimmt sodann Gelegenheit, auf eine Reihe Fragen zu antworten, und gibt zunächst seine Freude und Genugtuung über den Ausdruck, daß von allen Seiten die Finanzlage der Stadt und die Finanzpolitik der Stadtverwaltung in derselben Weise beurteilt worden ist, wie das in dem einleitenden Erlaß gesehen ist; ferner daß der Ausschluß damit einverstanden ist, daß die Stadt in ihrer Anstaltspolitik sich nicht betreten läßt, allerdings immer unter Wahrung der nötigen Vorsicht, damit ihr keine Vorwürfe durch die Aufsichtsbehörde gemacht werden können. Was die Kritik des Stadts. Freihaut an dem Erlaß des Großh. Ministeriums des Innern anlangt, so sei damit der Stadt kein großer Dienst getan worden, sondern es wurde eher Wasser auf die Mühlen des Ministeriums des Innern gegossen. Hebrigens habe ich die Vorwürfe des Stadts. Schmidt überhört, wenn sie gefallen sind, wie sie eben der Stadts. Schmidt vorgebracht. (In einem Zwischenruf bemerkt Stadts. Freihaut, daß seine Bemerkungen über den Erlaß des Ministeriums falsch verstanden worden seien oder mißdeutet wurden.) Die Anregung, Schwankungen der Umlage möglichst zu vermeiden, sei ihm sympathisch und es werde ihr nachgegangen werden. Aber die Erfüllung des Wunsches werde erschwert durch Ereignisse, die vollständig unserer Macht und unserer Einwirkung entzogen seien, und zwar die Abschaffung der Verbrauchsteuer. Davon können wir natürlich ebenso wenig aufkommen wie gegen die Venderungen, welche die Festlegung gebracht hat. Ich hoffe aber, daß eine zeitliche Ruhe in der Höhe der Besteuerung eintritt. Dem Gedanken, einen Ausgleichsfonds zu schaffen, wie das jetzt in Mannheim geschehen ist, stehen wir sympathisch gegenüber. In Mannheim liegen aber die Verhältnisse augenblicklich günstiger wie hier. Der Vorbehalt beruht weiter die gewünschte Erleichterung einer städt. Hypothekendarlehen, eine Frage, die noch nicht gelöst ist, zu der aber ein reiches Material gesammelt worden ist, — dann die Heranziehung von Industrie, das Submissionswesen und das Personalwesen. Der Stadts. Will hat eine Reduzierung des Polizeiaufwandes gewünscht. Das scheint nun absolut aussichtslos, denn auf anderer Seite wird gelagert, daß wir nicht genug Polizei haben. Was nun die Bemerkungen zum Aufschreiben des Rheinhafens betrifft, so muß hier erwähnt werden, daß uns die Großh. Staatsbahnenverwaltung etwas spießbürgerlich behandelt hinsichtlich der fruchtbareren Bestimmungen. Die Zulage, die uns f. Zt. gegeben worden ist, daß der Karlsruher Hafen, obgleich städtisches Unternehmen, in gleicher Weise behandelt werden soll wie die staatlichen Anlagen, das ist nun nicht in vollständigem Umfang eingehalten worden. Wir sind deshalb bei der Staatsbehörde vorstellig geworden, damit die Ungleichheiten möglichst rasch beseitigt werden. Der Oberbürgermeister wandte sich weiter zu der Straßenbahn und deren Rentabilität. Eine endgültige Vorlage der Pläne für die künftige Linienführung nach dem Bahnhof könne erst erfolgen, wenn die Verhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft erledigt seien. Eine Konkurrenz durch das Murgtalwerk dürfte kaum zu befürchten sein.

Es folgt die Einzelberatung des Vorschlags. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird zunächst die Volksschule besprochen. Stadts. Gauggel empfiehlt den Vorschlag. Die Prüfungskommission beantragt für das 7. und 8. Schuljahr der erweiterten Volksschule in der Art Lernmittelfreiheit einzuführen, daß auf Antrag die kleinen Schulbedürfnisse und die in diesen Klassen neu anzuschaffenden Bücher unentgeltlich gestellt werden. Hierfür soll ein Kredit bis zu 25 000 M bewilligt werden. Der Redner begründet den Antrag und betont, daß, falls vollständige Lernmittelfreiheit gewährt werde, ein Aufwand von rund

141 908 M entsteht. — Ein weiterer Antrag besagt: „Wir ersuchen den Stadtrat, in den Volksschulorten den Kindern Vollmilch an Stelle Magermilch zu verabreichen.“ — Weitere Anträge haben folgenden Wortlaut: „Wir ersuchen den Stadtrat, den Hauptlehrerinnen und stamtmäßigen technischen Lehrerinnen eine städtische Zulage zu gewähren“, und „Wir ersuchen den Stadtrat, den Unterlehrern nach vollendetem 4. Dienstjahr eine Zulage von 100 M zu gewähren.“

Von den verschiedenen Fraktionen waren gleichfalls Anträge eingegangen, die sich z. T. mit den oben erwähnten decken. Andere Anträge waren für vollständige Abschaffung der Vorkurse, für Einstellung von 100 000 M für Lernmittel an den Volksschulen und für Aufhebung des Beitrages von 10 J in den Knaben- und Mädchenhorten.

Ueber die Beratung und Beschlußfassung der Anträge entspann sich abermals eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte. Der Oberbürgermeister wie Mitglieder des Stadtrats weisen darauf hin, daß über die Anträge kein Beschluß gefaßt werden kann, da dem Stadtrat keine Gelegenheit gegeben worden sei, die Beschlüsse zu prüfen, da sie ihm nicht rechtzeitig zugegangen seien. In der fortgesetzten Debatte zur Position „Volksschule sprechen“ Bürgermeister Dr. Kleinschmidt, Stadts. Paschang, Lehterer wünscht Beschleunigung des Schulhausbaues in Rintheim und in der Oststadt, ferner kleinere Klassen, um auch auf die Schüler erzieherisch einzuwirken. Redner gibt Erläuterungen zu den von seiner Fraktion (Fortf. Bpt.) eingebrachten Anträgen, die sich beziehen auf Lernmittelfreiheit im 7. und 8. Schuljahr der erweiterten Volksschule und auf Abschaffung der Vorkurse. Redner berührt noch die Fragen der Schulspesung und des Konfirmandenunterrichts und trägt zu letzterem Punkt einen besonderen Fall vor.

Stadts. Strobel wendet sich energisch gegen die Klassifizierung und streift dabei die Hilfschule, die eine Ausnahme bilde. Für besonders schwache Kinder sei eine besondere Schule nötig. Redner streift weiter schultechnische Fragen, die sich beziehen auf die Schulfunktion der Lehrer und Schüler, auf die Schaffung etatmäßiger Stellen, und spricht sich ziemlich energisch gegen die Lernmittelfreiheit aus. Hinsichtlich der Schülerpesung sollte die Stadt noch mehr tun als bisher und die Position hierfür um 10 000 M erhöhen. Die Schulschriften sind eine große Gefahr für die Kinder und die Eltern sollten hier dafür sorgen, daß die Kinder solche Schriften überhaupt nicht in die Hände bekommen. Die Bekämpfung von Schund in Schrift und Bild findet unsere weitgehende Unterstützung. Auch die Presse sollte diesen Kampf unterstützen, indem sie durch ihre Beilagen dem Volke literarisch wertvolle Beiträge bietet und dadurch seinen Geschmack hebt.

Stadts. Marum erörtert die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Schule. Wir sind noch lange nicht mit dem zufrieden, was die Stadt für die Schule tut. In der Person des Volksschulleiters wird ein Wechsel stattfinden. Es ist zu hoffen, daß die Person, die neu gewählt wird, eine allererste Kraft ist. Sie soll nicht unter der Hand genommen werden und es soll sich nicht um eine lokale Größe handeln, sondern sie soll auf Grund eines Ausschreibens gewonnen werden und geeignet sein, mit Lust und Liebe die Leitung des Karlsruher Volksschulwesens zu führen. Begrüßenswert ist die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts und erwünscht ist der innigere Zusammenhang zwischen Schule und Haus. Deshalb begrüßen wir auch die sog. Mitterabende oder Elternabende. Redner sprach sich für Besserstellung der Lehrer und für Unentgeltlichkeit der Lernmittel und des Schulbesuchs aus und erklärte die Bereitwilligkeit seiner Fraktion (sozialdemokratische) für alle Aufwendungen für die Schule.

Stadts. Helbing wünscht dringend, daß die Stadtschulratstelle ausgeschrieben wird und daß bei ihrer Besetzung mit der allgerühmten Vorsicht und mit Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente vorgegangen wird. Auch sollten Sachverständige gehört werden, bevor eine endgültige Besetzung erfolgt. Im ganzen Lande soll Umschau gehalten werden, um eine erste Kraft zu erhalten.

Stadts. Stehlin schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Man kann wohl verschiedener Meinung sein über die Anordnungen des Stadtschulrats, aber man muß seine Arbeitsfreudigkeit und seinen guten Willen anerkennen. Die Städte haben kolossale Schullasten zu tragen und deshalb ist es an der Zeit, daß der Staat die Städte unterstützt oder sie entbindet, an den Schullasten des Landes teilzunehmen. Unsere Schulen stehen auf gutem Boden. Unsere Schule ist auch gut ausgestattet in allen Nebenzweigen. Der frühere Stadtschulrat Specht hat große Verdienste an dem heutigen Stand der Schule. Redner beleuchtet die große Zahl der Prüfungen und Revisionen, die der Lehrer ständig durchzumachen hat, und befürwortet den Bau einer Schule in der Oststadt, den Versuch mit Förderklassen, die Aufhebung der 10-J-Wochengebühr in den Knaben- und Mädchenhorten evtl. Umgestaltung der Horte. Die folgenden Darlegungen beschäftigen sich eingehend mit schultechnischen Fragen über Wert oder Unwert der Volksschule.

Es waren noch eine Reihe Redner gemeldet. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird jedoch angenommen. Damit ist die Position „Volksschule“ erledigt.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Aus dem Stadtfreie.

Der Jahresbericht der städtischen Spar- und Pfland-leistungsanstalt kommt auf die unerfreulichen Vorkommnisse des letzten Jahres zu sprechen, die den Geschäftsgang der Sparanstalt ungünstig beeinflussten. Die Kriegssucht des Sommers hatte einen Sturm auf verschiedene Sparkassen im Gefolge. Auch die Karls-

